

WALTER SIEBEL

Minnesänger und Narren

Zu Funktion und Voraussetzungen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung

*Ir sult spreken willekomen:
der iu maere bringet, daz bin ich.
allez daz ir habt vernommen,
daz ist gar ein wint; nû frâget mich.
ich will aber miete:
wirt mîn lôn iht guot,
ich gesage iu lîhte daz iu sanfte tout.
seht waz man mir êren biete.**

Minnesänger an mittelalterlichen Ritterburgen und Fürstenhöfen waren zuständig für Neuigkeiten und Unterhaltung, wobei Gaukelei und Nachricht selten klar geschieden waren — durchaus auch zum Schutz letzterer, denn das Verhältnis zwischen Herrschaft und (kritischen) Wahrheiten ist von Natur nicht spannungsfrei. Nun, das sind alte Geschichten. Aber geht es dem Sozialwissenschaftler so grundsätzlich anders, wenn er im Rathaus oder im Ministerium vorspricht? Welcher Wissenschaftler hofft nicht auf Lohn und ehrenvollen Empfang, auf „miete“ und „êren“, wenn er die Politik berät. Und welcher hätte nicht schon die Erfahrung machen müssen, daß das „willekomen“ wenig herzlich ausfiel, weil seine Neuigkeiten als Unruhestiftung wahrgenommen wurden. Im Zuge der auch durch das MFPRS geförderten Ausweitung sozialwissenschaftlicher Stadtforschung ist das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis nicht unschuldig geblieben. Jede Seite hat ihre Erfahrungen gemacht, und diese waren nicht nur ersprießlich. Seit der „Wende“ Mitte der 70er Jahre, dem Ende der sog. Planungseuphorie und dem Zerbrechen der „Reformkoalition zwischen Sozialwissenschaft und Politik“ (Dierkes) hat eine gewisse Reserviertheit platzgegriffen. Vereinzelt gibt es bereits behördeninterne Anweisungen, wissenschaftliche Vorhaben, auch wenn sie vom BMBau gefördert werden, nicht mehr zu unterstützen. Zehn Jahre MFPRS sollte daher nicht nur zum Anlaß dienen, neue Forschungsfelder zu bestimmen — so reizvoll das immer ist —, sondern etwas grundsätzlicher die Erfahrungen aus der Interaktion von Sozialwissenschaft und politischer Praxis zu resümieren und aus Überlegungen über die Ursachen solcher Erfahrungen Voraussetzungen für künftige Interaktion abzuleiten¹.

* Ihr sollt sprechen willkommen:
der Euch Kunde bringt, das bin ich.
Alles was Ihr habt vernommen,
das ist gar ein Wind: Nun fragt mich.
Ich will aber Belohnung:
wird mein Lohn gut sein,
sage ich Euch etwas, das Euch sanft tut.
Seht zu, daß man mich ehrenvoll begrüßt!

Walter von der Vogelweide, zitiert nach *Silke Brodanf*: Gedichte. — Oldenburg 1968.

Die gegenseitigen Vorbehalte und ihre strukturellen Gründe sind schon häufig benannt worden. Ich werde sie daher nur kurz referieren (I.), um anschließend zu fragen, was die häufig vorgebrachte Forderung nach mehr Distanz zwischen Sozialwissenschaft und politischer Praxis unter den heutigen Bedingungen beinhaltet (II.). Am Schluß stehen Überlegungen über einige Voraussetzungen für eine fruchtbarere Interaktion zwischen Sozialwissenschaft und politischer Praxis.

I.

Praktiker — hier sei nicht weiter zwischen Politikern, Planern, Administratoren differenziert, sondern als Praktiker pauschal die Angehörigen des Politisch-Administrativen-Systems (PAS) bezeichnet — halten sozialwissenschaftliche Ergebnisse häufig für unbrauchbar²:

- Akademikerchinesisch. Die Berichte seien unverdaulich, teils wegen einer Sprachartistik, die nur zu häufig Banalitäten verberge, teils schlicht wegen ihres Umfangs.
- Fehlender Problembezug. Der Forschungsauftrag werde nach innerakademischen Relevanzkriterien umdefiniert, damit nicht selten weg von seiner politisch praktischen Bedeutung.
- Nichts Neues. Die Ergebnisse hätten keinen innovativen Gehalt, im günstigsten Fall bekäme man bestätigt, was man schon seit Jahren wisse.
- Zu allgemein. Dieser Kritikpunkt hat besonders weite Streubreite: Die gemäßigte Variante stellt ab auf die Differenzierung der (regionalen, kommunalen) Problemlagen: Das sei ja alles hochinteressant, aber leider nicht für uns. Hier sei es doch sehr anders. Schärfer wird der Ton, wenn die Ratschläge zwar als gutgemeint, aber doch als ungetrübt von präziser Kenntnis der Durchführungsaspekte bezeichnet werden. Am Ende steht das Diktum „utopistisch“ oder zurückhaltender „Theorie“, wenn die Beschränkungen des Machbaren vernachlässigt scheinen.

Umgekehrt lauten die Vorhaltungen von sozialwissenschaftlicher Seite: Der Praxis fehle der lange Atem, um eine angemessene wissenschaftliche Problembearbeitung abwarten zu können, nur die aber garantiere gültige oder gar neue Einsichten. Dort, wo solches Wissen erarbeitet werden konnte, werde es durch plötzliche Kurswechsel der Politik schlagartig entwertet, wie etwa bezüglich der Vorbereitenden Untersuchungen und des Sozialplans im Zuge der Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG) geschehen. Die Praxis mißbrauche Wissenschaft zur bloßen Legitimation. Was sich dagegen sperre, was womöglich eingeschliffene Problemdefinitionen und Handlungsabläufe aufbrechen könnte, werde unverdaut ausgeschieden.

Diese gegenseitigen Vorhaltungen sind gut eingeübt, und jede ließe sich mit einer Fülle trauriger Beispiele belegen. Daß sie immer neue Anlässe finden, verweist auf grundsätzliche Probleme, die über sprachliche, habituelle und organisationstechnische Hemmnisse hinausgehen. Sie werden gewöhnlich mit strukturellen Unterschieden zwischen „Wissenschaftssystem und Anwendungssystemen“ (Luhmann) begründet. Danach ist es vor allem die Knappheit der Ressourcen Geld, Zeit und Legitimität, die den Handlungshorizont des PAS restriktiv verengt und thematisch verschiebt gegenüber dem Erklärungshorizont der Sozialwissenschaft. Als Beispiel bieten sich die Erfahrungen aus der kommunalen Sanierungspraxis an, da hierzu mittlerweile gesichertes Wissen vorliegt:

Kontinuität und Zügigkeit von Stadterneuerung hängen auch ab von der Bedeutung, die der Bürgermeister der Sanierung beimißt, von der personellen Ausstattung der Baubehörde oder von der Mitwirkungsbereitschaft der Bewohner im Sanierungsgebiet, also von lokalen Gegebenheiten. Aber entscheidender für die Brüche und Verzögerungen kommunaler Sanierungsmaßnahmen sind überlokale gesellschaftliche Prozesse gewesen: Veränderungen in der Nachfrage nach tertiären Flächen, Konjunkturzyklen, Krise der öffentlichen Finanzen, schwankende Zuschüsse von Bund und Ländern etc. Kurz, die Ebenen, auf denen die Sozialwissenschaft die Erklärungen für kommunale Planungsprobleme sucht, sind nicht identisch mit der Ebene, auf der der Planer handeln muß und für die er mit Recht Ratschläge erwartet.

Dies hat Konsequenzen für die Reichweite der Empfehlungen. Sozialwissenschaftliche Empfehlungen sind nicht deshalb häufig so praxisfern, weil ihre Einsichten falsch sind, sondern weil sie für den kommunalen Planer nicht umsetzbar sind, weil sie außerhalb des Handlungsspielraums der kommunalen Planung liegen. Um auch dies am Beispiel kommunaler Sanierungspraxis zu erläutern: Inzwischen haben zahlreiche empirische Untersuchungen die negativen Folgen von Sanierungsmaßnahmen für bestimmte Typen von Bewohnern und Betrieben nachgewiesen. Sie haben damit die gängige Forderung eindrucksvoll untermauert, Stadterneuerung solle ohne Nachteile für die Bevölkerung in Sanierungsgebieten durchgeführt werden. Für jeden Sanierungsplaner, so sehr er eine solche Forderung auch teilen mag, sind solche Erkenntnisse wenig hilfreich. Obgleich ihm bei der Stadterneuerung ein vergleichsweise umfassendes und tiefgreifendes Instrumentarium zur Verfügung steht, liegt die sozialstrukturelle und ökonomische Entwicklung innerhalb des Sanierungsgebiets nach wie vor weitgehend außerhalb seiner Einflußmöglichkeit.

Auf eine kurze Formel gebracht: Die Grenzen der Praxisrelevanz wissenschaftlicher Forschung sind die Grenzen der Praxis. Die daraus resultierende Wissenschaftsnachfrage des PAS ist hoch selektiv: „Wissenschaft wird nur soweit nachgefragt, wie sie praktische Problemlösungen anbieten kann, d.h. sie muß positivistisch-empirisch sein (‘richtig’ sein), der engen kommunalen Problemdefinition entsprechen (‘umsetzbar’ sein), den Denk- und Handlungsgewohnheiten der administrativen Praxis entsprechen (‘machbar’ sein) sowie möglichst Lösungstechnologien bereitstellen (‘verwertbar’ sein)“⁴³. Die Fortschreibung des MFPRS 1979, bei der vor allem die durchführungsbezogenen Maßnahmen und Instrumente des Bundes im Mittelpunkt stan-

den, kann auch als ein Beispiel für die Durchsetzung solcher Selektivität gelten.

Wenn aber das politisch Machbare darüber entscheidet, was praktisch relevant ist, wird das Kriterium Praxisrelevanz bei der Zuteilung von Forschungsressourcen für das Wissenschaftssystem in dem Maße gefährlich, wie sich der Handlungsspielraum des PAS verengt. Umgekehrt verlieren Forschungsergebnisse, die sich an innerwissenschaftlichen Referenzsystemen orientieren, an Interesse für die Praktiker. Es ist daher keineswegs nur die Rücknahme der eigenen, unerfüllten Versprechungen auf Reform durch Wissenschaft, die man früher nicht ganz ohne den Hintergedanken an „miete“ und „ehren“ gemacht hat, sondern mehr die sich aufdrängenden Erfahrungen mit zeitlichen, finanziellen und thematischen Beschränkungen der Forschung, die gerade auf Politikberatung orientierte Wissenschaftler wieder nach mehr Distanz zwischen Wissenschaft und dem Informationsbedarf des PAS rufen lassen. Nicht jeder geht dabei soweit wie C. Offe, der für eine kritische Sozialwissenschaft den „Verzicht auf Beratung“⁴⁴ fordert, soll ihre aufklärerische Funktion gewahrt bleiben.

Aber auch diesseits solcher Konsequenz ist zu fragen, wie das Verhältnis zwischen Wissenschaft und PAS in Zukunft beschaffen sein kann oder sein sollte. Dies nicht nur wegen der naheliegenden Befürchtung, daß die Sozialwissenschaften allein mit der Forderung nach mehr Distanz zum PAS es schwer haben dürften, zu überleben. Sozialwissenschaftliche Forschungskapazitäten sind gerade mit Argumenten ihrer politisch-praktischen Anwendbarkeit in der ersten Hälfte der 70er Jahre aufgebaut worden. Sie werden jetzt angesichts der Enttäuschungen über ihre politisch-praktische Effektivität mit der entgegengesetzten Forderung nach mehr Distanz zur politischen Praxis nur schwer gegen ihre Absorption als dem PAS integriertes Stabspersonal und gegen einschneidende Kürzungen zu verteidigen sein. Selbst wenn solches Unheil von der Sozialwissenschaft abgewendet werden könnte — wichtiger als die Frage, wieviel sozialwissenschaftliche Forschungskapazität überleben wird, ist die Frage, in welcher Form sie überleben kann. In welcher Richtung entwickelt sich die für die Sozialwissenschaften so prekäre Ambivalenz von problemlösender Politikberatung und problemverschärfender Gesellschaftskritik?

Die Hoffnung, der Zyklus von anwendungsorientierter Beratung und konflikthafter kritischer Distanz werde sich von selbst zu einem auch finanziell und institutionell abgesicherten Gleichgewicht der gegenseitigen Erwartungen einpendeln, ist unbegründet. Statt einer stabilisierten Distanz zwischen der Sozialwissenschaft einerseits und dem PAS andererseits ist eher zu befürchten, daß sich die Sozialwissenschaft in eine anwendungsorientierte und eine sog. Grundlagen-Forschung spaltet. Schon jetzt ist diese Spaltung weit fortgeschritten. Würde sie sich weiter vertiefen, hätte das für beide Seiten, für das Wissenschaftssystem wie für die Anwendersysteme, schwerwiegende und negative Konsequenzen.

II.

Durchgängig werden Kritik und Information als die zwei zentralen Funktionen der Sozialwissenschaft für das PAS genannt. Erstere wird verständlicherweise mehr von Vertretern des Wissenschaftssystems, letztere mehr von denen des PAS hervorgeho-

ben. Aber jeder betont zugleich die wechselseitige Ergänzung, ja Angewiesenheit beider Funktionen. Die Wissenschaft müsse immer mehr antworten, als sie gefragt wurde (*Bahrndt*). Sie habe stets mehr Probleme aufzuwerfen, als das PAS lösen könne. Solche „subversive“ (*Offe*) Aufklärung über die spezifischen Grenzen des Handlungsspielraums des PAS kann jedoch nur, wenn sie aus empirisch-analytischer Auseinandersetzung mit der politischen und administrativen Praxis formuliert ist, der Gefahr entgehen, als (dann in der Tat abstrakte, weil uninformierte) Beckmesserei von ihren Adressaten innerhalb und außerhalb des PAS abgetan zu werden.

Umgekehrt sind die informativen Leistungen von Wissenschaft nicht einmal in den Ausnahmefällen ohne kritischen Stachel, wo es allein darum geht, vorhandenes Wissen durch systematische Zusammenfassung dem PAS verfügbar zu machen. Gerade das föderale System in der Bundesrepublik Deutschland bietet Anlässe, das verstreut anfallende Expertenwissen zusammenzutragen und allgemein zugänglich zu machen. So können Lernprozesse verkürzt, Irrwege vermieden und positive Beispiele verbreitet werden. Selbstverständlich werden solche, das vorhandene Wissen der Praxis verfügbar machende Expertisen für die Experten selbst nicht immer nur Neues enthalten. Aber Wissen und Erfahrungen sind ungleich verteilt. Außerdem kann allein schon die Zusammenstellung von Planungserfahrungen der Gemeinden zum politisch brisanten Unterfangen werden. Das föderale System zusammen mit unterschiedlichen lokalen politischen Strukturen bietet auch in der Bundesrepublik — erst recht, wenn man Beispiele aus dem europäischen Ausland einbezieht — immer noch genügend Spielräume für Experimente, die Anlaß und Material zu kritischen Vergleichen bieten. München und Wiesbaden, Hamburg, Berlin und Bologna haben zu verschiedenen Politikfeldern und verschiedenen Zeiten diese Rolle des kritischen Exempels gespielt. In der Funktion des Minnesängers, der, von Burg zu Burg ziehend, Neuigkeiten erfährt und weiterträgt, liegt also eine der zentralen und keineswegs nur affirmativen Aufgaben der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung.

Die Verwandtschaft von Information und Kritik ist aber noch enger: Gerade wenn man Empfehlungen aufgrund von Experteninterviews formuliert, wird man auf Widersprüche in der Praxis gestoßen, die durch noch so geschickte Handlungsanweisungen nicht aufhebbar sind, deren Wiedergabe also die kritische Funktion von Sozialwissenschaft erfüllt, nämlich über Probleme aufzuklären, die ohne strukturelle Änderungen nicht lösbar sind.

Um auch hierzu ein Beispiel zu geben: In unserem im Rahmen des MFPRS geförderten Forschungsprojekt über Vorbereitende Untersuchungen⁵ haben wir umfangreiche Empfehlungen zu Bestandsanalysen in der Stadterneuerungsplanung formuliert. Sie waren die Grundlage für ausführliche Interviews mit Experten der Sanierungspraxis. In diesen Empfehlungen raten wir u. a. von groß angelegten Befragungen zu Beginn der Sanierung ab. Dies wegen des zu hohen Aufwands, ihrer beschränkten Gültigkeit und der sog. „negativen Ankündigungseffekte“. Stattdessen plädieren wir stärker für weiche, qualitative Erhebungsverfahren, z. B. Gruppendiskussionen, Begehung, Schlüsselinterviews usw., und betonen Verfahren, die die Betroffenen in den Prozeß der Informationsgewinnung einbeziehen⁶.

Diese Empfehlungen wurden in Experteninterviews weithin akzeptiert. Zugleich gab es Widerspruch. Vor allem Experten aus der Sozialplanung haben die Bedeutung breit angelegter Befra-

gungen hervorgehoben. Häufig könne man sich nur mit der Autorität „harter Fakten“ im innerkommunalen Abstimmungsprozeß Gehör und Einfluß auf die Sanierungsziele verschaffen. Nur damit sei unrealistischen Vorstellungen und Vorurteilen zu begegnen, die konkurrierende Verwaltungsabteilungen zur Grundlage ihrer Strategie machten. Als Beispiel wurde häufig genannt, daß über die Wohndauer von Ausländern oder das Einkommen von Rentnern völlig falsche Vorstellungen herrschten. Nur über quantitative Untersuchungen sei dann glaubwürdig zu argumentieren, daß z. B. die kurze Wohndauer von Ausländern für einen wachsenden Teil der ausländischen Bewohner nicht mehr zutrifft. Um sich mit seinem Wissen über Folgeprobleme der Sanierung im inneradministrativen Machtkampf durchzusetzen, sind also gerade solche Erhebungskonzepte nötig, die nach Effektivitäts- und Partizipationsgesichtspunkten zur Gewinnung dieses Wissens ungeeignet erscheinen.

Darüber hinaus garantieren die von uns propagierten „weichen“ Verfahren für sich allein noch keine problemadäquate und beteiligungs-offene Bestandsanalyse. Sie bergen immer die Gefahr nur allzu geschmeidiger Anpassung der Informationsbeschaffung an die gesellschaftliche Machtverteilung: Mit dem Einsatz qualitativer Verfahren ist noch nichts darüber gesagt, wer die Chance nutzt, seine Ansichten etwa in Gruppendiskussionen zu Gehör zu bringen. Ebenso können die für Schlüsselinterviews Ausgewählten sich überwiegend aus Vertretern der bereits gut organisierten Interessen rekrutieren. Empfehlungen zu einer flexiblen Handhabung der Erhebungsmethoden können also Tendenzen zur selektiven Einengung der Planung verstärken und damit das Ziel einer beteiligungs-offeneren Sanierungsplanung gerade verfehlen.

Beide Argumente verweisen auf die ungleiche Verteilung von Macht und Einflußchancen, im ersten Fall innerhalb der Verwaltung, im zweiten zwischen den Sanierungsbetroffenen. Sie kann der Planer nicht aufheben. Im Bemühen, einen Ausgleich gegensätzlicher und unterschiedlich starker Interessen zu finden, ist er grundsätzlich überfordert. Dem Wissenschaftler, der die Erfahrungen von Planerexperten zusammenfaßt, begegnet dies als widersprüchliche Anforderungen, die er nicht mehr durch Empfehlungen lösen kann. Er kann sie nur aussprechen. So gerät er schnell an jene Grenze, wo der aufklärerische, aber bei Praktikern nicht eben als hilfreich empfundene Hinweis übrig bleibt, hier helfe nur strukturelle Änderung. Das zentrale Problem, wonach sozialwissenschaftliche Beratung am Handlungsspielraum des beratenen PAS ihre Schranken findet, stellt sich also keineswegs nur für eine normativ fordernde Wissenschaft, die das politisch Machbare von vornherein aus ihren Überlegungen ausgeklammert hat. Dort, wo widersprüchliche Interessen sich in alltäglicher Planungspraxis etwa der Sanierung, durchsetzen, stößt auch eine Stadtforschung, die sich bescheiden darum bemüht, verstreute Expertenerfahrungen zusammenzufassen, auf Widersprüche, über die sie nicht oder doch nur mit viel Realitätsverleugnung, also unter Preisgabe ihrer Prinzipien als Wissenschaft, in optimistischer Politikberatung hinwegsehen kann.

Dann wäre eigentlich alles in bester, wenn auch nicht konfliktfreier Ordnung? Kritische Sozialwissenschaft wäre ebenso an konkreten empirischen Analysen interessiert wie das Beratung nachfragende PAS, und solche Beratung betriebe unweigerlich auch das Geschäft kritischer Aufklärung? Man könnte sich bei solchen idealistischen Gedankengängen beruhigen, wären sie

eben nicht idealistisch nur aus der Logik eines „vernünftigen“ Verhältnisses von Wissenschaft und PAS gedacht. Sowohl gegenauflärerische Tendenzen in der Nachfrage nach Politikberatung wie korrespondierende Interessen innerhalb des Wissenschaftssystems (Aufträge, Forschungsmöglichkeiten, Reputation) lassen befürchten, daß sich eine Kluft zwischen Politikberatung und Grundlagenforschung auftut, über die keine Brücke der Kommunikation mehr hinwegführt.

In der Praxis wird aus dem Minnesänger schnell der Narr, den man hinauswirft, wenn er sich zu viele beunruhigende Wahrheiten leistet. Denn das PAS ist nicht nur an Aufklärung interessiert, sondern fördert, respektive verhindert Forschung durchaus auch aus „gegenauflärerischen Interessen“ (*Offe*). Und solche illegitimen Interessen an der Wissenschaft sind in der Wissenschaft nicht ohne Resonanz. *Offe* hat darauf hingewiesen, daß bestimmte Probleme erst durch die politische Begrenztheit der Möglichkeiten ihrer Lösung den Rang wissenschaftlicher Beratungsaufgaben erhalten: „Je schärfer die Konflikte und Constraints sind, unter denen ein politisches Problem bearbeitet werden muß, desto mehr wissenschaftlichen Einfallsreichtum muß man aufwenden (bzw. kann man demonstrieren), um dieses Problem . . . zu bearbeiten . . . Von daher könnte man einen intellektuellen Ehrgeiz beratender Sozialwissenschaftler vermuten, sozusagen auf kleinstem Raum zu tanzen, jedenfalls die Constraints zu respektieren, die ihre Probleme erst zu solchen machen“⁷.

Die finanziellen Ressourcen, die die Ressortforschung verteilt, gewinnen bei verschlechterten Forschungsmöglichkeiten an den Universitäten auch Bedeutung für akademische Karrieren. Und daß für Wissenschaftler nur die Anerkennung im Kreis der akademischen Kollegen zähle, war immer schon eine fromme Selbsttäuschung. Angesichts der grundsätzlich prekären praktischen Relevanz der Sozialwissenschaft und ihres niedrigen Status auf der Prestigeskala der Wissenschaften, ist die Reputation, die einflußreiche Praktiker zu vergeben haben, höchst verführerisch. Die Gegenüberstellung von Wissenschaftssystemen und Anwendungssystemen ist also eine leicht heroisierende Stilisierung, und die Forderung nach mehr Distanz zwischen beiden Systemen übersieht die realen Tendenzen einer Spaltung innerhalb der Sozialwissenschaften zwischen Beratungswissenschaft und Grundlagenforschung.

Die Entwicklung einer Sozialwissenschaft für die eigene, akademische Profession und einer für die politische (Beratungs-)Praxis zeichnet sich seit längerem nicht nur thematisch und paradigmatisch, sondern vor allem auch institutionell ab. Auf Politikberatung orientierte Forschungskapazitäten sind als kommerziell, halbkommerziell und als halbstaatliche Institute überwiegend außerhalb der Hochschulen gegründet und ausgebaut worden. Der Ausbau der Universitäten hat wenig auf Dauer gestellte Forschungskapazitäten geschaffen. Soweit die Arbeitskapazität nicht von anderen als Forschungsaufgaben absorbiert ist, geschieht Forschung eng verzahnt mit Qualifikationsschritten (Promotion, Habilitation), d. h. ist in der Tat stark an akademischen Reputationskriterien orientiert und hat überwiegend die Form von Gesellenstücken. Für die Stabilisierung längerfristiger, empirisch gerichteter Forschung fehlen häufig die Voraussetzungen. Die ökonomisch (Abhängigkeit von Drittmittelaufträgen) und/oder administrativ vermittelte Anbindung von sozialwissenschaftlicher Forschungskapazität an den Informationsbedarf des PAS muß auf Dauer auch inhaltliche Konsequenzen haben,

d. h. zu Lasten des innerwissenschaftlichen Diskussionszusammenhangs gehen.

Eine solche Entwicklung aber wäre für die dann wohl vorwiegend in den Universitäten verbliebene Grundlagenforschung höchst problematisch. Die Sozialwissenschaft ist empirische Wissenschaft. Als solche ist sie doppelt auf die Praxis des PAS angewiesen. Einmal schlicht als Informationsquelle: Einen wesentlichen Teil des empirischen Materials z. B. im Bereich der soziologischen und politologischen Stadtforschung produziert und kontrolliert das PAS. Universitäre Sozialwissenschaft, die sich allzu sehr scheut vor dem Kontakt mit der Praxis des PAS, würde von relevanten Bereichen der Wirklichkeit abgeschnitten. Ein Zugang aus zweiter Hand, etwa über die sekundäranalytische Aufbereitung öffentlich zugänglichen Materials, erfaßt nur einen begrenzten und selektiv verzerrten Ausschnitt. Dieser wird zusätzlich verengt werden durch die wachsenden Möglichkeiten, mit Datenschutzargumenten das Informationsmonopol des PAS gegen Informationsbegehren von außen zu festigen. Zum andern sind politisch-praktische Problemstellungen von entscheidender Bedeutung für die Fortentwicklung sozialwissenschaftlicher Theorie. Theorieentwicklung in der Sozialwissenschaft ist stets Reaktion auf und Verarbeitung von realen sozialen Prozessen. Auch für die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung ist der Elfenbeinturm daher kein produktiver Ort. Eine nur dogmengeschichtlich abgestützte Theorieentwicklung bliebe in der Tat steril akademisch. Ihr würde eben die kritisch aufklärerische Funktion gegenüber der politischen Praxis abgehen, die durch die Forderung nach Distanz zum PAS bewahrt werden soll.

Umgekehrt — das ist schon oft betont worden — verliert Politikberatung in dem Maße, in dem sie enger an die Informationsbedarfe des PAS angeschlossen wird, an Innovationsfähigkeit. Ein sich durchsetzender Inkrementalismus führt zu sehr kurzfristigen Informationsbedarfen zu schnell wechselnden Themen. Zusammen mit verkürzten Bearbeitungszeiten erschwert dies die Kumulation soliden Forschungswissens, auf dessen Basis informierte und reflektierte Beratung überhaupt nur möglich ist. Wissenschaft ist praktisch fruchtbar, weil und sofern sie anders ist: längerfristig orientiert, also vom Handlungsdruck des PAS entlastet, diszipliniert nach methodischen und theoretischen Regeln statt nach politischer Opportunität, thematisch strukturiert nach der Logik gesellschaftlicher Problemfelder statt nach Gesichtspunkten politisch-administrativer Kompetenzverteilung. Gerade inkrementalistische Politik ist auf von den Konjunkturen politischen Krisenmanagements abgekoppelte Forschung als der Basis für fundierte und innovative Beratung angewiesen.

Aber wenn auch die kurzfristige Wissenschaftsnachfrage der Ressortforschung die Existenz längerfristig stabilerer Forschungskapazitäten notwendig voraussetzt, so stärkt sie diese doch nicht — im Gegenteil: Sie destabilisiert sie eher. Die Diskontinuität der Problemstellungen, wie sie inkrementalistischer Politik eigen ist, schlägt sich nieder in einer kurzfristigen, projektgebundenen Forschungsfinanzierung zu wechselnden Themen. Dies setzt auf seiten der Wissenschaftsanbieter hohe Flexibilität voraus. Große Forschungseinrichtungen können auf der Basis eines großen und erfahrenen Stabs von Mitarbeitern mit breit streuendem Qualifikationsprofil flexibel reagieren. Universitäten und allgemein kleinere Forschungseinrichtungen müssen Flexibilität durch schnelleren Austausch des Personals zu erreichen suchen. Das verstärkt die Trends zur Gesellenstücksfor-

sung an den Hochschulen und zur Konzentration der Ressortforschung bei einigen wenigen großen Forschungsfirmen, die erstens aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit von Anschlussaufträgen immer in Gefahr sind, in ihrer Kritik eher etwas zurückhaltender zu sein, als es die Sache erfordert. Und die zweitens aus dem Interesse an optimaler Verwertung ihres Know-hows eher dazu neigen dürften, bereits routinisierte Forschungskonzepte statt neues Personal und unerprobte methodische und theoretische Ansätze einzusetzen. Um dieses Oligopol herum wird sich ein diffuser, stark fluktuierender zweiter Forschungsmarkt mit teilweise sicher großem Ideenpotential, aber auch hohen Risiken für Anbieter und Nachfrager bilden: Es entwickelt sich eine duale Struktur des Forschungsmarkts.

Was wären längerfristig die Konsequenzen einer solchen Dualisierung des Forschungsmarktes? Die kritische und die informative Funktion der Sozialwissenschaft träten weiter auseinander. Speziell für die Hochschulen beinhaltet diese Entwicklung eine nur sporadisch gelockerte Einengung auf sog. Grundlagenforschung, die personell, konzeptionell und informationell in immer größerer Distanz zur politischen Praxis betrieben werden müßte. Kritische Sozialwissenschaft geriete damit in der Tat ins Abseits akademischen Razonierens, da ihr mangels Ressourcen und Informationen die Voraussetzungen fehlten für eine auch nach wissenschaftsinternen Maßstäben realitätsadäquate Theorie. Universitäre Grundlagenforschung sähe sich in die Rolle des Narren gedrängt. Und dem Narren hört man zu, wenn man zu Späßen aufgelegt ist. Dann geht der Praktiker auf einen Soziologen- oder Politologentag, wo er sich ärgern und erheitern läßt, aber über solchen Unterhaltungswert hinaus wenig Nutzen findet. Eine solche Entwicklung wäre gerade heute grotesk, wo die Sozialwissenschaften gezwungen sind, auch für den Bedarf des PAS auszubilden, da eine Ausbildung unter Gesichtspunkten der Selbstrekrutierung des akademischen Systems beinahe jede Basis auf dem Arbeitsmarkt verloren hat.

Für das PAS hätte die Dualisierung des Forschungsmarkts in ein Oligopol großer Institute und eine fluktuierende Masse kurzlebiger Forschungsgruppen nicht minder tiefgreifende, wenn vielleicht auch weniger unmittelbar spürbare Folgen. Sie betreffen vor allem die Preise für Forschungsleistungen und die innovative Reichweite von Politikberatung. Sicherlich ist das Interesse des PAS an möglicherweise kritischen Informationen begrenzt. Aber es sieht sich auch einem Problemdruck gegenüber, dem ohne systematische Information, ohne „sozialwissenschaftliche Durchdringung und Entzauberung... (und)... Erweiterung unserer Vorstellungswelt“⁸ erfolgreich nicht zu begegnen ist. Der Minnesänger, der vorwiegend Lieder singt, die „sanft“ in den Ohren klingen, also wenig Neuigkeitswert haben und die realen Probleme ausklammern, auf den kann man auf Dauer auch verzichten, zumal wenn er wie Walther von der Vogelweide guten Lohn und viel Ehren verlangt.

III.

Die informativen und kritischen Funktionen der Sozialwissenschaft für das PAS sind zunächst rein analytische Differenzierungen. Sie sind beide — so die These — nur erfüllbar, wenn es analytische bleiben, wenn sie sich nicht zu einer faktischen, d. h. methodisch, konzeptionell, organisatorisch und personell abgesi-

cherten, also institutionalisierten Unterscheidung verfestigen. Der moralische Appell an Toleranz und Geduld auf beiden Seiten reicht hier nicht. Die Ambivalenz in der Interaktion zwischen PAS und Wissenschaftssystem muß nicht nur ausgehalten; sondern auch möglich gehalten werden. Entsprechende Maßnahmen hätten sich darauf zu richten, die sich abzeichnenden Tendenzen einer Spaltung innerhalb des Wissenschaftssystems zwischen Wissenschaftsmarkt und Beratungsmarkt zu bremsen. Dazu sind strukturelle Änderungen in der ressortgebundenen wie in der allgemeinen Forschungsförderung nötig:

1. *Mehr Zeit (also mehr Geld) für Auftragsforschung*

Eine immer plausible Konsequenz, die eben darum hier nicht verschwiegen, aber auch nicht näher erläutert werden soll.

2. *Doppelforschung*

Das Ausschreibungsverfahren des MFPRS unterstellt Vergleichbarkeit der Forschungsaufträge. Gerade bei politisch gehaltvollen Themen — und Ressortforschung ist per se politisch — ergeben sich aber häufig Differenzierungen in Problemdefinition und Forschungsansatz. Solche paradigmatischen Unterschiede sperren sich gegen eine vergleichende Bewertung, wie sie das Kriteriensystem des MFPRS vorsieht. Das Ausschreibungsverfahren sollte so gehandhabt werden, daß der politische Gehalt der Thematik durch paradigmatisch unterschiedliche Forschungskonzeptionen herausgearbeitet wird. Das hieße, gezielt verschiedene Forschungsgruppen aufzufordern und parallele Forschungsaufträge zu vergeben. Die Veranstaltung von Hearings oder Symposien, die Bildung von Projektfamilien aus Forschungsgruppen mit unterschiedlichen Forschungsstilen weisen in dieselbe Richtung, sofern dabei bewußt ein breites politisches Spektrum zu Gehör gebracht wird.

3. *Publizitätspflicht*

Daß mit öffentlichen Geldern geförderte Forschungen öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, ist eine gerade in der Ressortforschung häufig durchbrochene Maxime. Dazu tragen auch die Interessen von Forschungsnehmern bei, Informationen zu monopolisieren und so ihre Wettbewerbsposition zu stärken. Wenigstens müßten eine öffentliche Begründungspflicht von Auftraggeber und Auftragnehmer sowie eine Befristung bei Nicht-Publikation etabliert werden.

4. *Personalaustausch*

Trotz eines steigenden Anteils akademisch ausgebildeten Personals im öffentlichen Dienst (außerhalb der Universitäten) gibt es große Differenzen in Erfahrung und Denkweise zwischen Angehörigen des PAS und des akademischen Systems. Sie sollen beileibe nicht abgebaut, aber gegenseitig verstehbar gemacht werden. Das beginnt bei Praktika und Volontariaten für fortgeschrittene Studenten und einer Stärkung der Mittel der Universitäten für Lehraufträge und endet bei akademischen Semestern für Angehörige des PAS und administrativen Semestern für Angehörige des Wissenschaftssystems.

5. *Stärkung der Eigenforschungskapazitäten*

Die Grenze zwischen politikberatender und Grundlagenforschung sollte nicht zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und damit institutionell überhöht,

sondern durch jeweils beide hindurch verlaufen. Im Bereich der Stadtforschung sind seit 1970 große, anwendungsgebundene Forschungskapazitäten geschaffen worden, die die Tragfähigkeit des hier vorhandenen sozialwissenschaftlichen Grundlagenwissens weit übersteigen. Ihre geringe Absicherung in Grundlagenwissen ist mit eine Ursache für die manchmal beklagte praktische Unergiebigkeit und Orientierungslosigkeit der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Wenn es zutrifft, daß eine zunehmend kurzfristigere Wissenschaftsnachfrage des PAS in Widerspruch gerät zu einer eher wachsenden Komplexität der Problemlagen, so müßte auch Ressortforschung an der Stärkung der universitären Forschungseinrichtungen als Basis für eine Auftragsvergabe an die Universitäten und an einer auftragsunabhängigen Sockelfinanzierung außeruniversitärer Forschungsinstitute interessiert sein. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe von Ressortforschung wie dem MFPRS sein, solche Forschungskapazität zu schaffen und zu erhalten. Die Forderung hat aber Anknüpfungspunkte im Zuständigkeitsbereich des BMBau (Eigenforschung der BfLR und BMBau-Zuwendungsempfänger).

6. Erweiterter Praxisbezug/advokatorische Forschung

Von allen Postulaten wird dieses am ehesten dem Verdikt des Unpraktikablen verfallen, denn es läuft auf die Forderung hinaus, den Praxisbezug sozialwissenschaftlicher Stadtforschung über die Praxis des PAS hinaus auszudehnen. Die Kritik am etatistisch verengten Praxisbegriff der anwendungsorientierten sozialwissenschaftlichen Forschung ist schon häufig vorgetragen worden. Praxis sei auch die von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen. Gesellschaftliche Nützlichkeit sei keineswegs identisch mit Machbarkeit durch das PAS. Als gesellschaftlich produktiv im Sinne der Steigerung der menschlichen Wohlfahrt gilt z. B. auch die Verhinderung von Verkehrs- oder Sanierungsmaßnahmen durch Bürgerinitiativen. Eine kritische Sozialwissenschaft müsse also andere Adressaten suchen.

Diese Forderungen sind unbezweifelbar richtig. Aber auch solche kritische Forschung benötigt Personal, Sachmittel und Informationen, und die hier angesprochenen Praxissubjekte — sofern sie überhaupt als organisierte Subjekte existent sind — können diese Ressourcen nur äußerst begrenzt zur Verfügung stellen. Aber auch dort, wo drittmittelunabhängige und administrativ ungebundene Forschungskapazitäten existieren, ist der Ruf nach erweitertem Praxisbezug eher akademisches Bekenntnis geblieben, ein Schlachtruf, nach dem man ungestört mit dem PAS fraternisiert oder sich aus jeglichem Praxisbezug zurückzieht, sei es durch den Verweis aufs nicht-vorhandene revolutionäre Subjekt, sei es im Sinne traditioneller akademischer Wissenschaft. Überlegungen, den Praxisbezug der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung auszuweiten, müssen also über den moralischen Appell hinaus darauf zielen, die Nachfragemacht und die Thematisierungskompetenz anderer Praxissubjekte zu stärken:

- Erweiterung der Informationsmöglichkeiten gegenüber dem PAS durch Publizitätspflichten und Informationsrechte;
- Ausbau eines Systems von Forschungsgrants für Gegengutachten und Gegenforschung⁹;
- Schaffung von Stellen für advokatorische Forschung an den Universitäten, deren Personal zugleich über Lehraufträge in die universitäre Ausbildung eingebunden sein könnte;

— Gründung eines Instituts für Bürgerberatung, das finanziert sein könnte aus einem garantierten Sockelbetrag (für Gebäude, Sachmittel und nicht-wissenschaftliches Personal) und darüber hinaus aus Gutachterhonoraren und Drittmittelaufträgen von betroffenen Gruppen, die diese aus zentralen Förderungsmitteln finanzieren. Es hätte die Funktion, neben eigener gutachterlicher und Forschungstätigkeit als Informationssystem zweiter Ordnung Gutachten und Informationen für Bürgerinitiativen und Betroffenengruppen zu vermitteln. Diese Informations- und Koordinationsaufgaben hätten die Schwächen dezentral organisierter advokatorischer Forschung auszugleichen, Schwächen, die die Kehrseite ihrer Stärken, nämlich ihrer Problem- und Interessennähe sind.

Diese Forderungen zielen gegen eine Spaltung zwischen politikberatender und Grundlagenforschung und damit auf Erhaltung der Voraussetzungen für ein produktives Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und PAS. Fordern läßt sich vieles und der Katalog wäre mühelos zu erweitern. Aber für die hier genannten Punkte gibt es viele und erprobte in- und ausländische Vorbilder. Einiges knüpft an bereits geübte Praxis des MFPRS und der BfLR an. Aber es gibt auch weitere Anknüpfungspunkte.

Das PAS präsentiert sich gerade im Gegenstandsbereich der Stadtforschung nicht als monolithischer Block. Auf die Differenzierungen innerhalb eines föderalen Systems ist schon oben hingewiesen worden. Mit dem Erstarken sozialer Bewegungen können sich diese Differenzierungen auf kommunaler und Landesebene verstärken. Die Akademisierung insbesondere der planenden Verwaltung und der Ausbau von Stäben und verwaltungsnahen Forschungseinrichtungen zusammen mit den Nachwirkungen der Studentenbewegung und der Hochschulreform haben die einfache Polarisierung zwischen (juristischem) Denken der Verwaltung und sozialwissenschaftlichen Denkansätzen obsolet werden lassen. Parallel zur Durchsetzung inkrementalistischer Denk-, Handlungs- und Organisationsmuster beginnt sich auch die Wissenschaftsnachfrage zu ändern. An die Stelle der Ablieferung von Gutachten treten stärker diskursiv geprägte Interaktionen zwischen Wissenschaft und PAS. Solche dialoghaften Beziehungen haben durchaus wechselseitige Sozialisations-effekte.

Aber auch die inhaltliche Nachfrage ändert sich. Die sich zur strukturellen Krise ausweitende ökonomische Rezession führt in widersprüchlicher Weise zu einer Aktualisierung sozialwissenschaftlicher Informationen. Einmal werden im Offeschen Sinne des Tanzens auf kleinstem Raum Informationen über möglicherweise noch unausgeschöpfte Handlungsressourcen innerhalb des PAS nachgefragt. Zum anderen aber bricht die Krise gewohnte Problemdefinitionen und Lösungsmuster auf. Themen wie zweiter Arbeitsmarkt, Wertewandel, Selbsthilfe und informelle Ökonomie sind auch Anzeichen dafür, daß sehr viel grundsätzlichere Phantasie gefordert ist, seit der klassischen Verteilungspolitik die Basis üppiger Wachstumsraten entzogen wurde. Zugleich setzt sich die Erkenntnis durch, daß sozialer Wandel in Kategorien quantitativen Wachstums und der Verteilung des Bruttosozialprodukts nicht zureichend wissenschaftlich erfaßt und politisch gesteuert werden kann. Die Diskussion um informelle Ökonomie ist ebenso wie die über die Folgen des Wachstums Reflex einer neu ins Bewußtsein tretenden qualitativen Dimension sozialen Wandels.

Aufgrund beider Entwicklungen scheint sich in der politikberatenden Sozialwissenschaft eine Art qualitativer „Sozialprophetie“ (U. J. Walther) durchzusetzen, die die Zukunft mit dem Entwurf verschiedener Szenarios zu fassen sucht. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre dominierten sozialwissenschaftliche Prognosen, die quantitative Trendverlängerungen beinhalteten. Die neueren sozialwissenschaftlichen Prognosen nehmen dagegen den Charakter phänomenologischer Beschreibungen qualitativer Alternativen an, mittels derer das Bild sich erst herauskristallisierender Strukturen gezeichnet werden soll. Kurz, die Krise ist auch die Stunde des Musil'schen „Möglichkeitssinns“, und damit die Stunde einer kritischen Sozialwissenschaft, die in strukturellen Alternativen denkt.

Sicherlich darf nicht so getan werden, als würden sich in der Krise nicht auch Denkschablonen verhärten. Aber es verstärkt sich der Problemdruck, der nach strukturellen Alternativen suchen läßt. Damit könnten sich auch die Überlebensmöglichkeiten einer von den unmittelbaren Handlungszwängen des PAS abgekoppelten Sozialwissenschaft, die sich auf eine über staatliches Handeln hinaus erweiterte politische Praxis orientiert, bessern. So ist zumindest zu hoffen, daß es der Sozialwissenschaft auf Dauer gelingt, die prekäre Balance zu halten zwischen dem Minnesänger, dem Narren und jenem Automaten, an den F. W. Bernstein in seiner „Durchsage“ erinnert:

*Zu Mannheim stand ein Automat
um die Jahrhundertwende,
der jeden an das Schienbein trat,
der dafür zahlte. Ende.***

Anmerkungen

- 1 Ich berichte hier aus der Perspektive einer universitären Arbeitsgruppe, die sich seit sieben Jahren mit Problemen der Stadtforschung befaßt, überwiegend finanziert aus Drittmitteln, u. a. auch aus Mitteln des BMBau.
- 2 Das Folgende nach: *Jessen, Johann*: Stadtforschung und kommunale Planungspraxis (Vortragsmanuskript). — Oldenburg/München 1982.
- 3 *Fürst, Dietrich; Hesse, Joachim Jens*: Thesen zur Distanz zwischen der „lokalen Politikforschung“ und dem kommunal-politisch-administrativen System. In: *Kevenhörster, Paul; Wollmann, Hellmut* (Hrsg.): Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung. Difu Berlin, 1978.
- 4 *Offe, Claus*: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik. — Frankfurt/New York 1977.
- 5 Arbeitsgruppe Stadtforschung: Ergebnisse und Methoden Vorbereitender Untersuchungen nach § 4 StBauFG. In: Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Reihe städtebauliche Forschung, Bonn 1981.
- 6 Vgl. *Jessen, Johann*: Stadtforschung und kommunale Planungspraxis, a.a.O.
- 7 Vgl. *Offe, Claus*: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften, a.a.O., S. 325.
- 8 *Riesenhuber, Heinz*: Was die Politik von den Sozialwissenschaften erwartet. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 286 v. 10. 12. 1982.
- 9 Nach unserer Studie über Vorbereitende Untersuchungen nach § 4 StBauFG waren zwei Drittel aller bis 1978 abgeschlossenen Vorbereitenden Untersuchungen ohne erkennbaren Informationswert für die Planung. In diesen 400 Sanierungsfällen hätte man mit demselben Finanzaufwand 400 Advokatenplaner fünf Jahre lang fördern können. Vgl.: *Jessen, Johann; Siebel, Walter et al.*: Acht Jahre Vorbereitende Untersuchungen nach § 4 StBauFG — nur ein Nachruf? In: Stadtbauwelt 63 (Sept. 1979).
- ** Zitiert nach *Mayer, Hans-Norbert*: Curieuse Beschreibung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik — Seine Erscheinung, Spiegelung, Funktion, Erklärung und wundernswürdigen Alternativen betreffend (Manuskript). — Oldenburg 1983.